

Jakob Seidler

## Strukturelle Wachstumsabhängigkeiten

Die moderne, sozialmarktwirtschaftliche Gesellschaft ist strukturell auf kontinuierliches Wachstum angewiesen – nicht aus Präferenz, sondern aus institutioneller Notwendigkeit. Angesichts planetarer Grenzen, wie Ressourcenerschöpfung und Klimakrise, aber auch sozialen Veränderungen, wie dem demographischen Wandel, stellt sich jedoch eine zentrale Frage: Was passiert, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst, egal ob freiwillig oder unfreiwillig? Welche strukturellen Abhängigkeiten gibt es und wie könnten diese entkoppelt werden? In diesem Text werden zentrale Wachstumsabhängigkeiten unserer sozialpolitischen Organisation analysiert und kurz mögliche Lösungsansätze beschrieben.

### 1. Arbeitsmarkt

In Wachstumsökonomien kompensiert Unternehmensexpansion technologische Produktivitätszuwächse: Weniger benötigte Arbeitsstunden pro produziertem Gut wird durch Produktionsexpansion ausgeglichen, um die Gesamtzahl an benötigten Arbeitsstunden mindestens konstant zu halten. In stagnierenden Ökonomien entfällt dieses Ventil. Mit wachsender Produktivität pro Arbeitsstunde ohne Expansion werden in Summe über den ganzen Markt verteilt weniger Arbeitsstunden gebraucht, um die selbe Menge an Gütern herzustellen. Dies führt ohne politische Eingriffe zu struktureller Arbeitslosigkeit, fallender Kaufkraft und weiterem Nachfragezusammenbruch. Momentan zeigen OECD-Länder durchschnittliche Produktivitätssteigerungen von 2–3 % jährlich, während das Wachstum bereits unter 1–2 % liegt. Kritische soziale Instabilität wird bedeutend wahrscheinlicher bei Arbeitslosenquoten über 10–12 % (Jackson, 2009). Ein Beispiel findet sich direkt in Europa: nach 2008 erreichten Griechenland und Spanien Jugendarbeitslosenquoten von 25–30 %, da sie während einer Zeit von wirtschaftlichem Einbruch trotz steigender Produktivität nicht gebraucht wurden. Deutschland und die Niederlande nutzen in solchen Krisen immer wieder Kurzarbeitsmodelle, um Produktivität mit Beschäftigung zu harmonisieren. Als langfristiger Lösungsansatz ist eine graduelle Verkürzung der Regelarbeitswoche mit Lohnschutz möglich. Dadurch werden Produktivitätsgewinne in Freizeit statt Arbeitslosigkeit und steigende Ungleichheit transformiert. Ein Pilotprogramm in Island von 2015 bis 2019 reduzierte Wochenarbeitszeit zum Beispiel auf 35–36 Stunden ohne Lohnverlust, wobei Produktivität pro Stunde stieg und Arbeitsplätze erhalten wurden (Haralsson und Kellam, 2021).

### 2. Geldsystem und Fiskalpolitik

Das moderne Geldsystem beruht auf privater Kreditvergabe: Banken schaffen Geld durch Kredite und vernichten es durch Rückzahlung. Da jedes Darlehen mit Zinsen

zurückzahlen ist, ist die Gesamtschuldensumme jedoch immer systematisch größer als die verfügbare Geldmenge. Damit alle Schuldner:innen ihre Schulden plus Zinsen bedienen können, muss die Wirtschaft kontinuierlich expandieren und neuen Wert als Gegenstück zu diesen Zinsen schaffen. Gibt es kein Wachstum führt das in der Praxis zu kontinuierlicher Umverteilung von jungen/armen Schuldner:innen, die ohne Lohnwachstum den Kredit über sehr lange Zeit zurückzahlen ohne Vermögen aufbauen zu können, zu älteren/reichen Gläubiger:innen.

Auf nationaler Ebene findet sich ein ähnliches Muster:

Die Steuerbasis der meisten europäischen Staatshaushalte besteht zu großen Teilen aus Einkommens- und Mehrwertsteuern welche stark an Wachstum gekoppelt sind. Bei stagnierendem BIP wachsen auch die Einnahmen nicht. Gleichzeitig steigen Ausgabenverpflichtungen: Strukturelle Arbeitslosigkeit erhöht Sozialleistungen; eine alternde Bevölkerung bürdet Pensions- und Gesundheitssysteme, die für kontinuierlich wachsende Basen konzipiert wurden. Das Ergebnis ist derselbe Teufelskreis wie bei Privatpersonen: Renditen auf Staatsanleihen können außer mit Steuererhöhungen nicht mehr durch eine wachsende Steuerbasis zurück gezahlt werden, sondern müssen durch weitere Kredite finanziert werden. Japan befindet sich seit drei Jahrzehnten in dieser Situation. Ohne BIP-Wachstum seit den 1990er-Jahren ist die Regierung auf große Staatsanleihenkäufe mit 0% Rendite durch ihre Zentralbank angewiesen, um weiterhin niedrige Arbeitslosigkeit zu ermöglichen und Sozialleistungen zu zahlen. Dies illustriert sowohl das Problem wie auch eine mögliche Lösung: direkte Koordination einer gemeinsamen Fiskal- und Geldpolitik zwischen Regierung und Zentralbank. In der Eurozone ist das momentan nicht möglich, da die Europäische Zentralbank keine Präferenz zeigen und Mitgliedsstaaten direkt unterstützen darf. Das führt seit vielen Jahren zu massiven öffentlichen Investitionsrückständen.

### 3. Wohlfahrtssystem

Europäische Wohlfahrtsstaaten wurden unter Annahme kontinuierlichen Wachstums konzipiert. Umlagefinanzierte Rentensysteme (PAYG – pay-as-you-go) finanzieren aktuelle Rentner:innen durch Beiträge aktiver Arbeitnehmer:innen – dies funktioniert nur mit wachsender Arbeitnehmer:innenbasis oder steigenden Einkommen, um mit einem steigenden Lebensstandard und Inflation mitzuhalten. Europäische Demografien zeigen jedoch stagnierende oder negative Bevölkerungswachstumsraten, während gleichzeitig die Lebenserwartung steigt. Das Verhältnis zwischen Beitragszahler:innen und Leistungsempfänger:innen verschlechtert sich dramatisch, in Österreich von 3:1 in 2025 zu 2:1 in 2050 (Kalina-Mahr, 2025), und wird kombiniert mit Nullwachstum unhaltbar, da alle öffentlich-rechtlichen Renten in Österreich PAYG sind. Griechenland 2010–2015 ist ein Lehrbuchbeispiel einer Wohlfahrtsstaatskrise in Nullwachstum. Großzügige PAYG-Renten (~83% Replacement Rate, Früheintritt bis zu 58–62 Jahre) wurden auf Annahme kontinuierlichen Wachstums aufgebaut. Nach der 2008-Krise kollabierte das BIP um 25%, die Arbeitslosigkeit erreichte 28%, Steuereinnahmen brachen zusammen. Rentner:innen sahen Zahlungen um über 40% gekürzt und Mindestpensionen halbiert (Kangue et. al., 2021). Im Kontrast: Schwedens universelles Grundversorgungsmodell – finanziert durch 43–45 % Steuerquote und progressive Vermögensbesteuerung – erlaubte Altersschutz

auch während der 2008-Krise und COVID-19 ohne massive Einschnitte, weil die Steuerbasis breit und nicht nur auf Einkommenssteuer aufgebaut ist. Genau hier findet sich ein möglicher Lösungsansatz: nicht-beitragsorientierte Universalrenten, finanziert aus progressiven Steuermitteln statt Lohnsteuern, entkoppeln die Rentensicherheit von Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Neuseeland zahlt zum Beispiel eine Grundrente, die Superannuation, an fast alle Einwohner:innen ab 65, unabhängig von der persönlichen Arbeitshistorie, wodurch die Altersarmutsquote im OECD-Vergleich sehr niedrig ist (Te Ara Ahunga Ora, 2021).

#### **4. Schluss**

Wenn Geld-, Steuer- und Sozialsysteme weiterhin auf Expansion beruhen, werden Schulden, Ungleichheit und politische Instabilität zunehmen. Besonders der demografische Wandel führt dann zu einer dauerhaften Krise des Wohlfahrtsstaates, in der die junge Generation überfordert und die ältere verarmen könnte. Ohne Reformen verlieren öffentliche Institutionen an Vertrauen, da sie keine effektive Budgetpolitik mehr durchführen können. Zugleich ist die Entkopplung durchaus möglich, jedoch politisch nur sehr schwer umsetzbar, da sie tiefe Eingriffe in die Struktur unserer sozialen Systeme benötigt. Politischer Mut, Lösungsansätze umzusetzen, ist in solchen Zeiten genauso wichtig, wie wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn, um diese Lösungsansätze zu entwickeln.

## Literaturverzeichnis

Daly, H. E. (1991) *Steady-State Economics (2nd ed.)*, Island Press.

Haraldsson, Guðmundur D. und Jack Kellam (2021) *Going Public: Iceland's Journey to a Shorter Working Week*. <https://autonomy.work/portfolio/icelandsww/>

Jackson, T. (2009) *Prosperity Without Growth: Economics for a Finite Planet*, Bloomsbury Press.

Kalina-Mahr, Johannes (2025) „Future-proof retirement provision through the general pension fund contract“. <https://oebag.gv.at/en/impulse-post/altersvorsorge/>

Kangur, Alvar, Kalavrezou, Niki und Kim, Daehaeng (2021) „Reforming the Greek Pension System“, IMF Working Papers, Vol. 2021: Issue 188.

<https://www.elibrary.imf.org/view/journals/001/2021/188/001.2021.issue-188-en.xml>

Te Ara Ahunga Ora (2021), *New Zealand retirement income policies and how they compare within the OECD*. <https://assets.retirement.govt.nz/public/Uploads/Retirement-Income-Policy-Review/TAAO-RC-Policy-Paper-2021-02.pdf>

hat formatiert: Englisch (Vereinigtes Königreich)

hat formatiert: Englisch (Vereinigtes Königreich)

hat formatiert: Englisch (Vereinigtes Königreich)

Feldfunktion geändert

hat formatiert: Englisch (Vereinigtes Königreich)

hat formatiert: Englisch (Vereinigtes Königreich)

Feldfunktion geändert

hat formatiert: Englisch (Vereinigtes Königreich)

hat formatiert: Englisch (Vereinigtes Königreich)

Feldfunktion geändert

Feldfunktion geändert